



Postulat Müller Guido namens der SVP-Fraktion über die Überprüfung des Personalgesetzes zur Reduktion oder Abschaffung von übermässigen Sozialzulagen und Sonderleistungen an das Staatspersonal

eröffnet am 19. Juni 2017

Der Regierungsrat wird damit beauftragt, eine Übersicht der Anstellungskonditionen des Staatspersonals im Vergleich mit den Usanzen in der Wirtschaft zu erstellen und allfällig mögliche Reduktionen frankenmässig zu beziffern.

Begründung:

Im Zusammenhang mit dem aktuellen, budgetlosen Zustand und der Einleitung von Sparmassnahmen wird in den Medien oft von schlechten Anstellungsbedingungen des Staatspersonales berichtet. Auch die Entlassung von Angestellten wird immer öfters thematisiert.

Durch den Abbau oder die Streichung von finanziellen Privilegien, zum Beispiel Sozialzulagen, die über ein übliches Anstellungsverhältnis hinaus gehen, liesse sich der Druck auf andere Massnahmen reduzieren. So würde zum Beispiel die Streichung der in der Wirtschaft unbekannteren besonderen Sozialzulage finanzielle Mittel freigeben, um allenfalls auf einzelne Entlassungen verzichten zu können.

Mit dieser Reduktion von überobligatorischen Leistungen könnten die Lasten der erforderlichen Massnahmen solidarischer auf alle Mitarbeitergruppen verteilt werden.

Müller Guido namens der SVP-Fraktion